Presseinformation

3. Februar 2006

250 betreute soziale Wohnungen in Niederösterreich

Sobotka und Bohuslav präsentieren „Wohnassistenz“

Weil Wohnen ein soziales Grundrecht ist, hilft das Land Niederösterreich in Not geratenen Familien, die ihre Wohnung verloren haben, mit der zur Verfügungstellung von Wohnungen diese schwierige Situation zu überbrücken. Durch gleichzeitige Beratung soll die rasche Rückkehr zur Normalität garantiert werden. Dieses Modell einer „Wohnassistenz“ präsentierten Landesrätin Dr. Petra Bohuslav und Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka heute in Wien.

Bohuslav berichtete dabei, dass es jährlich 4.500 Delogierungsanträge gäbe, von denen rund 8.000 Menschen betroffen seien; 1.600 Menschen müssten dann tatsächlich ausziehen. Scheidung, Krankheit und Jobverlust seien dabei meistens die auslösenden Faktoren, durchschnittlich gehe es um Mietrückstände von 2.275 Euro. Mit dem Verlust des Selbstvertrauens beginne auch der Weg ins gesellschaftliche Abseits. 2005 habe das Land Niederösterreich gemeinsam mit der ARGE Delogierungsprävention zwei Pilotprojekte mit je 50.000 Euro seitens des Landes gestartet, in denen insgesamt 230 Personen betreut werden. Die Betreuung finde auf drei Ebenen statt: neben der Entwicklung einer persönlichen Strategie auch rechtliche und finanzielle Beratung. Auf dieser Basis sei nun ein flächendeckendes Konzept entwickelt worden.

Sobotka betonte, Niederösterreich habe ein mehrstufiges Netz geknüpft, um für tatsächliche Bedürfnisse auf unterschiedlichen Ebenen adäquate Mittel zu finden: Beginnend mit der Familienförderung mit mehr Mehrkindstaffelung in der Wohnbauförderung über den Wohnzuschuss (vormals Superförderung) und die Delogierungsprävention bis zur Auffangstation Nothilfswohnung für wohnungslose Menschen inklusive Integration statt Ghettoisierung und einer Betreuung zur Stabilisierung der sozialen Situation. Insgesamt werden für diese „Wohnassistenz“ 250 Wohnungen für 550 Menschen vom Verein Wohnen angemietet, das Land stellt dafür rund 1 Million Euro zur Verfügung. Die Kaution beträgt 150 Euro, eine regelmäßige, wenn auch niedrige Miete ist erforderlich; nicht aufgenommen werden akut süchtige und gewalttätige Menschen. Damit setze Niederösterreich seinen erfolgreichen sozialen Weg fort, so Sobotka abschließend.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion – Pressedienst
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at